



Christian Ude

Einführung:

Ich begrüße Sie sehr herzlich zu einem Hearing über Strategien der Stadtwerke im Bereich der Stromerzeugung. Es ist ein öffentliches Hearing, weil wir wollen, dass interessierte Bevölkerungsgruppen sich aus erster Hand informieren können. Es ist eine Anhörung von Experten und im Vordergrund stehen die Darlegungen der Experten, anschließend können zunächst die Stadtratsmitglieder im gegebenen Zeitrahmen noch Nachfragen stellen, soweit dies erforderlich ist.

Ich möchte, nachdem das Thema die vergangenen Wochen ja ohnehin schon sehr viel Resonanz und öffentliche Aufmerksamkeit gefunden hat, nur gegen zwei Vorstellungen zu Felde ziehen und dann in der gebotenen Kürze auf die aktuellsten Fragen überleiten.

Einmal möchte ich gegen das Vorurteil zu Felde ziehen, die Stadtwerke München würden jetzt erst etwa durch den G8-Gipfel oder die Veröffentlichungen des Klimarates das Thema Klimawandel entdecken. Das ist nun wirklich unwahr. Die Stadtwerke haben allein in den letzten fünf Jahren fast eine halbe Milliarde Euro in den Ausbau der energieeffizienten und umweltschonenden Kraftwärmekopplung investiert und gerade dieses Schlagwort taucht in den Reden der Umweltpolitiker, in den Interviews der Umweltexperten immer häufiger auf, denn Kraftwärmekopplung ist eine der ganz wesentlichen Säulen des Klimaschutzes - neben Energieeinsparung einerseits und erneuerbaren Energien andererseits. Heute gewinnen die Stadtwerke München rund 80 Prozent des Stroms für München in Kraftwärmekopplungs-Anlagen. Das ist das 8-fache des bundesdeutschen Durchschnitts, der bei ca. 10 Prozent liegt. Das bedeutet, dass bei 90 Prozent die Abwärme, die bei uns noch genutzt wird, ins Wasser oder in die Luft abgeleitet werden.

Die Stadtwerke München können auf diese 80 Prozent Kraftwärmekopplung verweisen, mit dem entsprechend höheren Nutzungsgrad der Primärenergie. Aber auch regenerative Energieerzeugung steht bei den SWM nicht erst seit gestern auf dem Programm. Rund 140.000 Haushalte werden bereits mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen versorgt. Nach einer Beschlussfassung des Stadtrats soll der Anteil der erneuerbaren Energien aber

noch erheblich gesteigert werden und im Jahr 2020 mindestens 20 Prozent erreichen. Selbstverständlich müssen wir über die Frage „Kann der Anteil an erneuerbarer Energien noch mehr gesteigert werden?“ noch weiter nachdenken.

Beim Thema Atomkraft da haben wir ja ganz unterschiedliche politische Kontroversen. Im bayerischen Landtag ist die Stadt München angeprangert worden, weil sie die bundesgesetzliche Lage hinsichtlich der Atomkraft ernst nimmt und befolgen will. Das heißt, die Staatsregierung und die Landtagsmehrheit haben die Stadt München kritisiert, wie in den Protokollen des Landtagsumweltausschusses nachzulesen ist, weil wir davon ausgehen, dass die gesetzlichen Regelungen, die dazu in der früheren Legislaturperiode beschlossen worden sind, auch zu befolgen sind. Die bayerische Staatsregierung und die Landtagsmehrheit meinen dem gegenüber, dass man den Ausstieg aus der Atomkraft rückgängig machen müsse, weil es dann keinen Engpass und keine Versorgungsfragen und keinen CO₂-Ausstoß und überhaupt keine Probleme mehr gäbe. Ich denke, dass wir diese politische Frage der Energiepolitik nicht einfach links liegen lassen dürfen, als ob sie nicht existieren würde. Die erste Frage ist: Geht man von der heute gültigen Gesetzeslage und auch dem Koalitionsvertrag der großen Koalition aus, dann muss man sich mit den Folgen beschäftigen. Oder sagt man mit einer 2/3 Mehrheit im bayerischen Parlament und der bayerischen Staatsregierung, der Atomausstieg ist rückgängig zu machen, dann ist die Diskussion zu Ende. Jeder sollte sich überlegen, ob er in diesem Streit plötzlich auf der von seiner Position aus gesehen falschen Seite stehen möchte. Wir gehen also davon aus, dass die Gesetzeslage zu berücksichtigen ist und dann stellt sich die Frage nach einem Energiemix in der Folgezeit. Diese Frage stellt sich noch nicht sofort, sondern erst im Jahr 2020. Aber Kraftwerke oder Kraftwerksbeteiligungen können nicht auf Knopfdruck geschaffen werden, sondern bedürfen einer langjährigen Vorbereitung und Bauzeit.

Meine zweite Mitteilung lautet: Es geht – um keine Fehleinschätzung zugrunde zu legen - im kommunalen Rahmen und in kommunaler Entscheidungsbefugnis leider nicht um die Frage, wie viele Kohlekraftwerke es künftig in Deutschland geben wird. Es wird so viele geben, wie der Bundesgesetzgeber zulässt und den Energieunternehmen wirtschaftlich sinnvoll erscheinen - das ist die Realität. Soviel Nüchternheit muss sein. Es ist vollkommen egal, wie die Stadtwerke München und andere kommunale Stadtwerke sich entscheiden - auf die Zahl der Kohlekraftwerke in Deutschland hat das nicht den geringsten Einfluss. Die Kommunen und selbst alle miteinander können kein einziges Kohlekraftwerk in Deutschland verhindern, sie können nur sich selber enthalten und nach ihren Möglichkeiten in andere Energien investieren. Ich sage das so deutlich, weil ich wörtlich übereinstimmende E-Mails massenhaft bekommen

habe, die den Eindruck erwecken, jetzt würde im Rathaus entschieden, wie viele Kohlekraftwerke gebaut werden können. Diese rechtliche Mitteilung muss ich vorweg machen: Die Stadt München kann kein einziges Kohlekraftwerk verbieten oder unterbinden, wenn es von der Bundesgesetzgebung erlaubt und von ausreichend vielen Investoren gewünscht wird. Wir können folglich kein einziges Kilogramm CO₂ durch unsere Entscheidung verhindern, wir können uns aber positionieren hinsichtlich der Strategie, die in der Energiepolitik verfolgt werden soll und entscheiden, wo kommunales Geld investiert werden soll. Wir haben dazu bereits einen Beschluss - aber eben auch nur einen Beschluss - gefasst, der eine Beteiligung an einem Kohlekraftwerk in Herne vorsieht. Dies erschien der Stadtratsmehrheit sinnvoll und vertretbar, vor allem aus zwei Gründen: Erstens es gibt ein Kohlekraftwerk in Herne mit Bestandsschutz, das entsprechend dem fortgeschrittenen Lebensalter eine CO₂-Schleuder ist. Wenn diese alte Anlage durch eine neue ersetzt wird, dann wird eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um 30 Prozent erreicht, was schon mal positiv zu Buche schlägt. Aber es ist eine wirtschaftliche Beteiligung an einer Kraftwerkstechnologie die in Puncto CO₂-Ausstoß im Mittelpunkt der Kritik steht.

Unser heutiges Hearing wird sich - ich kann keine Frage ausschließen und keine zurück stellen – vermutlich aber vor allem um zwei Fragen drehen. Und diese zwei Fragen möchte ich noch abschließend ansprechen. Für die Entscheidung einer Kommune spielt eine ganz große Rolle, wie die Verfügbarkeit von Kohle beurteilt wird. Da haben wir sehr befriedigende oder aus Sicht von Kohlekraftwerksbetreibern beruhigende Nachrichten gehört, aber in den letzten Monaten atemberaubende Korrekturen und zwar Korrekturen nach unten erlebt. Das tangiert die Wirtschaftlichkeit von Kohleinvestitionen nachhaltig.

Und die zweite Frage ist die Frage nach den Bedingungen des Emissionshandels. Da gab es erst Einschätzungen, dass das ein Riesenreißer sei für jeden, der sich in der Kohlebranche betätigt. Während jetzt zunehmend vermutet wird, dass die Bedingungen des Emissionshandels die Investitionen in Kohle teurer und teurer werden lassen, so dass alte Wirtschaftlichkeitsberechnungen oder Vermutungen ihren Boden verloren haben. Nach meiner Mutmaßung spielen diese beiden Fragen Verfügbarkeit von inländischen Kohlereserven und Bedingungen des Emissionshandels für die Wirtschaftlichkeit eine ganz entscheidende Rolle. Und zum Thema Wirtschaftlichkeit muss ich noch etwas hinzufügen, um die Debatte etwas zu ernüchtern. Wenn Kohle in den nächsten Jahrzehnten dank der Gesetzgebung und der Marktentwicklung sehr rentabel sein wird und sehr gewinnträchtig, dann bedeutet ein Zurückpfeifen der Kommunen nur, dass man das Geschäft den vier Giganten überlässt. Dann kann man zwar als Kommune die Hände in Unschuld waschen, aber man hat kein Kilogramm CO₂-Ausstoß verhindert und man hat den vier Energieriesen, deren Energiepolitik sowohl bei Kohle als auch bei Atom offen auf der Hand liegt, einen sehr

großen Gefallen getan. Das sollte man als Kontrollfrage immer im Kopf haben. Das Gegenteil kann aber auch richtig sein, wenn sich Kohle wegen der dramatisch begrenzten Verfügbarkeit der Ressourcen und wegen der politisch möglichen Bedingungen des Emissionshandels als unwirtschaftlich darstellt, dann hat man den Kommunen sogar einen Gefallen getan, wenn man sie in dieses Abenteuer nicht hineintreibt, sondern rechtzeitig andere Möglichkeiten auslotet. Ich denke, wir sollten beide Möglichkeiten im Auge behalten. Es geht nicht um Gut oder Schlecht, sondern es geht um ein möglichst realistisches Bild der zu erwartenden Entwicklungen. Wobei Prognosen immer den Nachteil haben, sich mit der Zukunft zu beschäftigen und deshalb sehr riskant zu sein. Das wird wohl auch keiner der Experten - so sehr wir uns auf ihren Rat verlassen - vollkommen abstreiten können. Sie alle beschäftigen sich in ihrem Statement mit der Zukunft, die wir alle miteinander noch nicht kennen, für die aber mehr oder weniger fundierte Aussagen möglich sind.